

| | | |
|--|--|-----|
| <i>Brennpunkt</i> | Stefan Immerfall: Bildungspolitik in Deutschland: der Aufbruch blieb aus Rastloser Stillstand kennzeichnet das deutsche Bildungswesen. Kaum ein Monat ver- geht, an dem nicht neue Fächer eingeführt und wieder abgeschafft, Eingangs- und Überttrittsbestimmungen geändert, Abiturprüfungsmodalitäten umorganisiert, Lehr- amtsprüfungsordnungen reformiert, Schulzeiten verändert, neue Schultypen erprobt werden. Aber nicht pädagogische Erwägungen sondern der große Gang des geschichtli- chen Lebens bestimmt die Entwicklung des Bildungswesens. | 423 |
| <i>Aktuelle Analyse</i> | Johannes Fritz: Wie lässt sich das Internet regulieren? Für eine Mehrheit der Menschen in Deutschland ist das Internet zu einem Teil ihres Alltags geworden. Den Vorteilen aber steht eine Vielzahl von Risiken gegenüber, die es außerhalb des Internets nicht gibt. Diese „Schattenseiten“ haben in der deutschen Poli- tik und Gesellschaft zu einer seit Anfang 2009 kontinuierlich andauernden Diskussion darüber geführt, wie das geltende Recht auch im Internet durchgesetzt werden kann, ohne die Bewegungsfreiheit der Internetnutzer zu sehr einzuschränken. | 427 |
| <i>Aktuelle Analyse</i> | Heinrich Pehle: Der Gerichtshof der Europäischen Union als oberstes deutsches Gericht? Die „Europarechtsprechung“ des Bundesverfassungsgerichts hat mit seinem Beschluss zum so genannten Mangold-Urteil des EuGH vom Juli 2010 eine überraschende Wen- dung genommen. Hatte sich das Verfassungsgericht in seinem Urteil zum Vertrag ein Jahr zuvor noch vorbehalten, Handlungen der europäischen Organe daraufhin zu prü- fen, ob sie sich im Rahmen der ihnen von den Mitgliedstaaten eingeräumten Ermächti- gung bewegen, legt es nunmehr seine Prüfungskompetenz deutlich enger aus. | 435 |
| <i>Wirtschaftspolitische Kolumne</i> | Roland Sturm: Die neue europäische Finanzarchitektur Die Selbstregulierung des Finanzsektors ist mit der globalen Finanzkrise gescheitert. Daraus hat die Politik weltweit die Konsequenz gezogen, die Finanzmärkte zu regulie- ren. Die für Deutschland wichtigsten neuen Instrumente der Finanzaufsicht sind die neue europäische Finanzaufsicht und Basel III. Trotz der Finanzkrise waren und sind diese Instrumente und ihre Ausgestaltung umstritten. | 443 |
| <i>Fachaufsatz</i> | Steffen Mau/Roland Verwiebe: Die Europäisierung sozialer Ungleichheit Mit fast jeder Erweiterungsrunde ist die Europäische Union ungleicher geworden. Die sozialen Disparitäten haben sich vergrößert. Diese Entwicklung hat die einstmals natio- nale Frage der Ungleichheit auf die europäische Agenda gesetzt. Die für die Soziologie entscheidende Frage lautet in diesem Zusammenhang: Welche neuen Ungleichheitsmu- ster auf der europäischen Ebene entstehen? | 449 |
| <i>Fachaufsatz</i> | Lars Holtkamp: Ursachen und institutionelle Besonderheiten der langjährigen kommunalen Haushaltskrise Die kommunalen Haushaltsdefizite haben sich während der internationalen Finanzkrise noch verschärft. Der Aufsatz beschreibt die institutionelle Besonderheit der kommunal- en Haushaltskrise und diskutiert wichtige Ursachen. Den Hintergrund bilden die beiden kontroversen Erklärungsthesen: die „Opferthese“ und die „Verschwendungsthesen“. | 461 |
| <i>Fachaufsatz</i> | Jörg Rössel: Ethnische Ungleichheit – Diskriminierung in der Einwanderergesell- schaft oder Reproduktion der geschichteten Sozialstruktur? Ethnische Ungleichheit im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ist ein Thema, das in der öffentlichen Diskussion eine starke Resonanz findet. Auch in der akademi- schen Sozialwissenschaft liegen mittlerweile zahlreiche Studien zur Erklärung von eth- nischer Ungleichheit vor. Ganz überwiegend kann diese Ungleichheit auf schichtspezi- fische Ressourcen zurückgeführt werden, spezifische ethnische Merkmale spielen für die Erklärung von ethnischer Ungleichheit eine deutlich untergeordnete Rolle. | 475 |

| | | |
|--|---|------------|
| <i>Fachaufsatz</i> | Michèle Knodt/ Daniela Kietz/ Nicolai von Ondarza: Politische Führung in der Lissabonner EU Mit dem Vertrag von Lissabon wurden die Führungsstrukturen der EU einer grundlegenden Reform unterzogen – der Europäische Rat wurde mit weiteren Leitungsfunktionen sowie einem ständigen Präsidenten gestärkt, die außenpolitische Führungsverantwortung an die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik übertragen und gleichzeitig Führungsmöglichkeiten des rotierenden Ratsvorsitzes und der Europäischen Kommission begrenzt. Mit dieser Diversifizierung von Strukturen ist die Frage nach politischer Führung in der EU nicht einfacher geworden. | 487 |
| <i>Kontrovers dokumentiert</i> | Simon Peltzer: Braucht die deutsche Solarindustrie heute noch staatliche Förderung? Anfang 2010 entwickelte sich in Deutschland eine Diskussion um die Förderung der Solarindustrie. Die zum Jahreswechsel ohnehin schon gekürzten Fördersätze sollten weiter gesenkt werden, um die zuletzt stark gestiegenen Kosten für die Verbraucher im Rahmen zu halten. Schließlich einigten sich Bund und Länder Anfang Juli im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat auf eine Staffelung bei der Kürzung der Solarsubventionen. Doch trotz der Einigung werden Sinn und Notwendigkeit der Solarförderung noch immer diskutiert. | 499 |
| <i>Rechtsprechung kommentiert</i> | Heiner Adamski: Abgeordnetenfreiheit bei politischer Betätigung – Darf der Verfassungsschutz Abgeordnete beobachten? Wie frei müssen Abgeordnete sein dürfen? Ist es mit dem Gedanken der Volksherrschaft vereinbar, wenn vom Volk frei gewählte Abgeordnete von staatlichen Institutionen unter offene oder geheime Beobachtung gestellt werden? Wer trifft aufgrund welcher Rechtsgrundlagen und anhand welcher Kriterien eine Entscheidung über die Beobachtung oder auch die Nichtbeobachtung von Abgeordneten? | 505 |
| <i>Politische Didaktik</i> | Sibylle Reinhardt: Fachdidaktische Prinzipien als Kern der Fachdidaktik „Politik“ Nach dem zweiten Weltkrieg sind unterschiedliche Leitbilder für den politisch bildenden Unterricht entwickelt worden (ein Beispiel ist die Konfliktorientierung). Diese fachdidaktischen Prinzipien integrieren Normatives, Fachliches und Alltägliches mit professionellem Berufswissen (im Beispiel ist das die Konfliktanalyse als Unterrichtsmethode). Die Prinzipien erlauben die Beobachtung von Kompetenzen und schützen vor Verirrungen. | 515 |
| <i>Das besondere Buch</i> | Roland Sturm: Ian Bremmer, The End of the Free Market. Who Wins the War Between States and Corporations?, New York 2010. Mit dem Scheitern der sozialistischen Planwirtschaft schien die Frage nach der besten Wirtschaftsordnung beantwortet: Der Kapitalismus hatte gesiegt. Der Historiker Francis Fukuyama betrachtete die westlichen liberalen Demokratien, die bürgerliche Freiheiten mit Marktfreiheit kombinieren, als alternativlos. Ein etwas intensiverer Blick auf die Wirtschaftsverfassungen in Europa und den USA machte allerdings rasch klar, dass es durchaus weiterhin Spielräume für Variationen der Wirtschaftsordnungen gab. | 527 |
| <i>Rezensionen</i> | Sibylle Reinhardt: Tim Engartner, Didaktik des Ökonomie- und Politikunterrichts Sibylle Reinhardt: Thorsten Hippe, Wie ist sozialwissenschaftliche Bildung möglich? Gesellschaftliche Schlüsselprobleme als integrativer Gegenstand der ökonomischen und politischen Bildung. | 531 531 |
| <i>Autorinnen und Autoren</i> | | 533 |